



## Änderungsantrag

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **V/2010/09269**  
Datum: 20.10.2010  
Bezug-Nummer.  
Kostenstelle/Unterabschnitt:  
Verfasser: Herr Dietmar Wehrich  
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	19.10.2010	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	27.10.2010	öffentlich Entscheidung

**Betreff:** Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur  
Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2010 und  
Haushaltskonsolidierungskonzept (Vorlagennr.: V/2010/09122)

### Beschlussvorschlag:

Die Vorlage wird unter der Voraussetzung beschlossen, dass

1. die Maßnahme I/108 „Reduzierung der Fördermittel“ im Rahmen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes gestrichen wird.
2. die Maßnahme IV/105 „Reduzierung der Zuweisungen für Suchtberatungsstellen“ im Rahmen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes gestrichen wird.
3. sich die finanzielle Ausstattung der folgenden Haushaltsstellen an der Haushaltssatzung 2010 orientiert und nicht Gegenstand des Nachtragshaushaltes 2010 ist:

Haushaltsstelle 1.0260.718000 (Büro für Gleichstellung)  
Haushaltsstelle 1.3318.718000 (Theater und Konzerte)  
Haushaltsstelle 1.3400.718000 (sonstige Kunstpflege)  
Haushaltsstelle 1.3660.718000 (Heimatspflege)

Haushaltsstelle 1.3700.718000 (Kirchen)  
Haushaltsstelle 1.4700.718200 (Förderung der Wohlfahrtspflege)  
Haushaltsstelle 1.4750.718100 (Förderung der Jugendhilfe)  
Haushaltsstelle 1.5500.71800 (Sportförderung/Sportverwaltung, Zuschüsse an übrige Bereiche)  
Haushaltsstelle 1.5500.718100 (Sportförderung/Sportverwaltung, Zuschüsse Betriebskosten)

gez. Dietmar Wehrich  
Fraktionsvorsitzender

**Begründung:**

Sowohl die von der Stadtverwaltung für das Jahr 2010 vorgesehenen nachträglichen Kürzungen bei den Fördermitteln für Vereine im Bereich Sport, Kultur, Jugend, Gleichstellung und Soziales als auch die geplanten zusätzlichen Kürzungen für die kommenden Jahre in dem Bereich sind nicht hinnehmbar. Immer wieder wurden in der Vergangenheit Fördermittel gestrichen, eine weitere Sparrunde in dem vorgesehenen Umfang würde einen tiefen Einschnitt hinsichtlich der kulturellen und sportlichen Angebote sowie bei Angeboten im Bereich Soziales und Jugendarbeit der Stadt Halle bedeuten. Dieser Sachverhalt lässt sich auch auf die geplanten Kürzungen bei den Suchtberatungsstellen übertragen.